

Dieses Blatt erscheint in der Woche
zwölffmal.

Abonnements-Preis:
vierteljährl. für Berlin 7 M 50 pf.,
für ganz Preussen, das übrige
Deutschland und ganz Oester-
reich 9 M.

Insertions-Gebühr:
die dreigespaltene Zeile 40 pf.

Alle Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition.

Als Gratis-Beilagen erscheinen
ausser anderen
tabellarischen Uebersichten
eine Zusammenstellung
aller Submissionen,
Allgemeine Verloosungs-Tabellen
und Restanten-Listen.

Die einzelne Nummer kostet 25 pf.

Expedition der Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Hierbei als II. Beilage:
Bogen 6 des
Deutschen Banquier-Buches.

Telegraphische Depeschen.

Köln, 7. Februar, früh 1 Uhr. (C. T. C.) Die Englische Post vom 6. d. M. früh (planmässig in Verviers um 8 Uhr 21 Minuten Abends) ist ausgeblieben. Grund: Zugverspätung auf der Strecke von Ostende.

Dresden, 6. Februar, Nachmittags. (C. T. C.) Aus Wien meldet das „Dresdner Journal“: Die zwischen den Mächten stattfindenden Verhandlungen über den Conflict Rumäniens mit Russland wegen Besetzung eines Forts durch Rumänische Truppen in Silistria hätten den Zweck, ein Compromiss anzubahnen; ob nach diesem Rumänien in dem Besitz jenes Forts bleiben werde, scheine noch eine offene Frage zu sein.

Braunschweig, 7. Februar. (C. T. C.) Die Verhandlungen der Commission für das Regentenschaftsgesetz sind noch nicht zu Ende geführt; es liegt ein Schlussbericht noch nicht vor, vielmehr wird nach Fertigstellung desselben noch eine Commissionssitzung zur endgiltigen Feststellung stattfinden. Wie erwartet, haben sich in der Commission wesentliche Meinungsverschiedenheiten gegenüber den Anschauungen der Landesregierung nicht herausgestellt und wird soach die Regierungsvorlage mit unbedeutenden Veränderungen dem Landtage zur Annahme empfohlen werden.

Wien, 6. Februar. (H. T. B.) Aus Konstantinopel wird berichtet, dass der Vertreter Oesterreich-Ungarns in der Commission für Organisirung Ostrumeliens den Antrag stellte, die Bevölkerung dieser Provinz zu entwaffnen, um etwaige Folgen der Russischen Agitation vorzubeugen. Der Englische, Französische und Türkische Delegirte stimmten diesem Antrage bei, der Deutsche und der Russische Vertreter verwarfen denselben und der Delegirte Italiens enthielt sich der Abstimmung.

Pest, 6. Februar, Abends. (C. T. C.) Abgeordnetenhaus. Bei der fortgesetzten Berathung des Anleihe-Gesetzentwurfs befuhrwortete der Finanzminister die Vorlage in einer längeren Rede. Morgen sollen die Schlussredner das Wort erhalten. — In Beantwortung der Interpellation in Betreff der Verwaltungsorganisation in Bosnien und in der Herzegowina erklärte der Ministerpräsident Tisza von Neuem, dass es notwendig sein werde, die legislativischen Bestimmungen in Betreff der provisorischen Regierung Bosniens und der Herzegowina im Einvernehmen mit dem anderen Staate der Monarchie zu treffen. Wenn dies bisher noch nicht geschehen sei, so finde dies seine Erklärung in der gegenwärtigen Lage des anderen Staates der Monarchie. Ob es gelingen werde, ein hierauf bezügliches Einvernehmen herbeizuführen, könne er heute nicht wissen. Jedenfalls aber mache er von dem Zustandekommen eines solchen Einvernehmens sein ferneres Vorgehen abhängig. Die bisherigen Verfügungen hätten keinerlei definitiven Charakter und würden nicht im Mindesten eventuelle spätere legislativische Bestimmungen präjudiciren. Sie hätten nur den Zweck, dass die Administration fortgehe. Die Antwort des Ministers wurde vom Hause mit einer Majorität von 10 Stimmen zur Kenntniss genommen.

Pest, 7. Februar, Vormittags. (C. T. C.) In einer Konferenz der Minister wurden mit den Rumänischen Delegirten Vereinbarungen getroffen hufs Entsendung einer Commission nach Rumänien, welche über die Gesundheitsverhältnisse in Bulgarien, Besarabien und den von den Russen besetzten Gebietstheilen authentische fortlaufende Berichte erstatten soll. Rumänien gestattet Russland nur wenige Einbruchsstationen. Aus Russland nach Rumänien kommenden Reisenden müssen ein Rumänisches Certificat haben darüber, dass sie sich den entsprechenden vorgeschriebenen Maassnahmen unterzogen haben. Die Rumänische Regierung wird dahin zu wirken suchen, dass die Russischen Etappenlinien weiter vorwärts gelegt werden, und dass westlich von den

selben längs der Donau und des Pruth ein Cordon gezogen wird, und der Schiffsverkehr auf der oberen Donau freibleibt.

London, 6. Februar. (H. T. B.) Die hier und im Auslande verbreitete Nachricht, England habe wegen Ausföhrung gewisser Reformen eine Note an die Pforte gerichtet, wird in hiesigen unterrichteten Kreisen als der Begründung entbehrend bezeichnet.

London, 6. Februar, Abends. (C. T. C.) Der bisherige diesseitige Botschafter in Petersburg, Lord Loftus, ist zum Gouverneur von New Süd-Wales ernannt worden.

London, 7. Februar, Vormittags. (C. T. C.) Während auswärtige Zeitungen sehr weitgehende Mittheilungen über einen drohenden Conflict zwischen Russland und Rumänien bringen, liegen, wie glaubhaft mitgetheilt wird, im auswärtigen Amte hier nur Berichte vor, dass Rumänien in der Grenzberichtigungsfrage eine sehr feste Haltung eingenommen und dass Russland Protest erhoben habe. Eine weitere diese Angelegenheit betreffende Information ist dem auswärtigen Amte nicht zugegangen.

Liverpool, 6. Februar, Abends. (C. T. C.) Aus Veranlassung der Eröffnung des hiesigen liberalen Clubs fand heute ein Banket statt, wofür der Marquis von Hartington beiwohnte. Derselbe führte in einer längeren Rede aus, dass es eine Uebertreibung sein würde, wenn man behaupten wollte, dass die Regierung vollkommen verantwortlich sei für die ungunstige Lage des Landes. Ebenso würde es aber auch eine Uebertreibung sein, wenn man behaupten wollte, dass die Minister ohne jede Verantwortlichkeit seien. Die von der Regierung befolgte Politik habe dazu beigetragen, die Unsicherheit in ganz Europa hervorgerufen, welche die directe Ursache der traurigen Lage Englands sei. Hartington bewohnte, dass der Berliner Vertrag einen dauernden Frieden herbeiführen werde und suchte zu beweisen, dass der Krieg gegen Afghanistan das directe Resultat der von der Regierung während der Orientalischen Krisis beobachteten Politik sei. Schliesslich erklärte der Redner, dass die Opposition, indem sie die Politik der Minister fortgesetzt einer Kritik unterzöge, den Zweck verfolgte habe, das Land in den Stand zu setzen, ein verständigcs Urtheil über die auswärtige Politik die Regierung zu fällen.

Rom, 6. Februar. (C. T. C.) Durch einen Erlass des Ministers des Innern vom heutigen Tage wird für die Schiffe, welche aus dem Schwarzen und dem Asowschen Meere kommen, die bereits eingeföhrte siebenentägige Quarantaine auf 20 Tage verstärkt und auf alle Häfen der Türkei, Griechenlands und Montenegro's ausgedehnt. Ausser den Gegenständen, deren Einföhr bereits durch frühere Decrete untersagt ist, wird durch den gegenwärtigen Erlass auch die Einföhr aller in den Sanitäts-Gesetzen vom Jahre 1871 aufgeföhrten Gegenstände der ersten Kategorie verboten.

Bukarest, 6. Februar. (H. T. B.) Die zwischen der hiesigen Regierung und der Pforte geföhrten Verhandlungen über die Kriegschädigung haben, wie verlautet zu einem befriedigenden Abschluss geföhr.

Petersburg, 6. Februar. (H. T. B.) Wie aus Bulgarien gemeldet wird, circulirt daselbst eine an die Grossmächte zu richtende Petition, in welcher die Unterzeichner das Ansuchen stellen, Bulgarien möge während der nächsten 2 Jahre von den Russen besetzt und die Wahl eines Fürsten bis nach Ablauf dieser Frist verschoben werden.

Petersburg, 7. Februar. (C. T. C.) Officielles Telegramm aus Astrachan vom 6. Februar: In Weltjanka und Umgegend kein Kranker. In Silistrenn ist von den 3. verbliebenen 3 Kranken am 4. eine Person gestorben, eine genesen, eine in Behandlung verblieben. Der Zustand des Kranken in Tschernojarsk ist unverändert. In Tschernojarsk 5, in Yenotajew 2 Grad Kälte.

Washington, 6. Februar, Abends. (C. T. C.) Schatzsecretär Sherman hat weitere 20 Millionen Bonds einberufen; die Zinszahlung hört am 6. Mai auf.

Berlin, den 7. Februar.

— Die heutige (46.) Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde vom Präsidenten v. Bennig-

sen um 11½ Uhr eröffnet. Am Ministertisch: Handelsminister Maybach mit mehreren Commissariern.

Tages-Ordnung:
I. Dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Deckung der erforderlichen Mehrkosten für den Bau der Bahnen Trier-Oberlahnstein und Godelheim-Northeim.

Der Handelsminister erklärt, dass die Staatsregierung der veränderten Fassung des Gesetz-Entwurfs zustimmt.

Der Gesetzentwurf wird hierauf genehmigt.

II. Dritte Berathung der Schiedsmannsordnung. — Auch diese Vorlage wird definitiv angenommen.

III. Mündlicher Bericht der Budget-Commission über den Nachweis der Verwendung des im Etat der Eisenbahnverwaltung pro 1. April 1877/78 vorgesehene Dispositionsfonds von 900,000 M.

Die Nachweisung wird für erledigt erklärt.

IV. Fortsetzung der Etatberathung a. Justiz-Verwaltung.

Abg. Pilet berichtet zunächst Namens der Budget-Commission über die Petition der Gerichtsvoigte, Baumgarten u. Gen. betreffend die Erhöhung des pensionsfähigen Maximal-Einkommens der Gerichts-Voigte in Hannover.

Der Referent empfiehlt, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Commissar des Justizministers erklärt sich gegen diesen Antrag. Billigkeitsrücksichten könnten hier nicht Platz greifen; es könnten nur diejenigen Sätze bewilligt werden, welche das Pensionsgesetz festsetzt oder durch die desfalligen Bestimmungen im Etatgesetz vorgeschrieben werden.

Nachdem noch die Abgg. Broom und Köhler-Göttingen für den Antrag der Commission eingetreten, wird derselbe vom Hause angenommen.

Cap. 80—82 werden bewilligt.

Es kommen nunmehr die Capital des Nachtrags-ets. 82a. und 82b., betreffend das Pauschquantum zur Deckung der Besoldungen für die richterlichen Beamten, zur Berathung.

Die Budgetcommission hat bekanntlich das Gehalt für die 13 Oberlandesgerichts-Präsidenten von 11,400 auf 14,000 M.; das Maximalgehalt der Oberlandesgerichtsräthe und Landesgerichtsdirectoren von 6000 auf 6600 M. (Durchschnitt 5700 M.); das der Land- und Amtsrichter von 5400 auf 6000 M. (Durchschnitt 4200 M.) erhöht.

Abg. Frhr. v. Zedlitz u. Neukirch widerspricht dieser Erhöhung, während der Reg.-Comm., Geh. Oberfinanzrath Scholz Namens der Staatsregierung erklärt, dass dieselbe zwar ursprünglich bei der gegenwärtig ungunstigen Finanzlage von einer solchen Gehaltserhöhung Abstand nehmen zu müssen glaubt, dass sie dieselbe jedoch nicht für ungerecht erachte und für den Fall, dass das Haus den Anträgen der Budget-Commission zustimmen sollte, die Staatsregierung nicht gewillt sei, sich den beschlossenen Besoldungserhöhungen zu widersetzen.

Referent Abg. Kieschke dankt Namens der Commission der Staatsregierung für deren Entgegenkommen und weist die Nothwendigkeit dieser Erhöhungen nach.

Das Haus stimmt den Anträgen der Budget-Commission zu und genehmigt im Uebrigen die sonstigen Positionen des Nachtrags-ets.

Die Petitionen der Subalternbeamten der Abtheilung für Strafsachen des Stadt- und Kreisgerichts zu Magdeburg, der Bureau- und Kassenbeamten des Stadtgerichts Berlin und der Appellationsgerichtssecretäre zu Posen, die Besoldung der Gerichtsschreiber betreffend, werden durch die gefassten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Das Haus discutirt nunmehr die aus sieben Paragraphen bestehenden Grundsätze, nach denen das Dienstalter der Richter für deren Reihenfolge in den Besoldungssätzen festzusetzen sein wird.

Abg. Löwenstein empfiehlt Namens der Budget-Commission, den Vorschlägen der Regierung zuzustimmen. Das Haus schliesst sich diesem Vorschlage an und erklärt zugleich die hierzu vorliegenden Petitionen für erledigt.

Cap. 83—88 der dauernden Ausgaben werden unverkürzt bewilligt.

(Schluss des Blattes.)

— Der Telegraph meldet uns heute eine neue Kündigung Amerikanischer Bonds seitens